

NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 6
11. Februar 2008

Newsletter aus Madrid

Inhalt

- **Seite 1**
 - Volkspartei fordert „Integrationsvertrag“
- **Seite 2**
 - Umfragen sehen PSOE weiter knapp vor PP
- **Seite 3**
 - Plakatschlacht der Parteien im Vorwahlkampf
 - Mit „Hallo, wo hast Du Dich versteckt?“ führt PP interaktiven Wahlkampf ein
- **Seite 4**
 - „Islamischer Rat“ Spaniens empfiehlt die Wahl einer „progressiven“ Partei
- **Seite 5**
 - Arbeitslosigkeit in Spanien explodiert im Januar
 - ETA-Frontparteien dürfen nicht zu spanischen Parlamentswahlen antreten
- **Seite 6**
 - Kehrt Barroso in die portugiesische Politik zurück?

>> Volkspartei fordert „Integrationsvertrag“

„Das ist Schall und Rauch mit fremdenfeindlichem Beigeschmack“. Mit diesen Worten kritisierte Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba das neue Zuwanderungskonzept der oppositionellen Volkspartei, welches PP-Spitzenkandidat Mariano Rajoy am vergangenen Mittwoch in Barcelona vorgestellt hatte. Demnach müsse jeder Einwanderer einen „Integrationsvertrag“ mit dem spanischen Staat abschließen. Darin soll er sich nach dem Willen der PP verpflichten, „die Gesetze zu beachten, die Bräuche zu akzeptieren, die Sprache zu lernen und wie alle anderen auch die Steuern zu bezahlen“. Zudem solle er „aktiv an seiner Integration“ in die spanische Gesellschaft arbeiten. Falls ein Einwanderer in einer „bestimmten Zeit“ keine Arbeit gefunden habe, müsse er in sein Heimatland zurückkehren, so Rajoy (Foto). Umgekehrt verpflichte sich der Staat, dem Einwanderer die „selben Rechte“ wie den Spaniern einzuräumen, ihm die Möglichkeit der Ausbildung zum Eintritt in den Arbeitsmarkt geben und ihm bei der Rückkehr in sein Heimatland zu helfen, sollte er keine Arbeit finden. Auch für den Spanischunterricht soll der Staat Rechnung tragen.



Als neue staatliche Einrichtung will die PP eine „Agentur für Immigration und Arbeit“ schaffen, die unter den Neuankömmlingen diejenigen auswählen soll, die den „realen Anforderungen der spanischen Unternehmen“ entsprechen. Die illegale Immigration möchte die PP durch eine Verschärfung von Grenzkontrollen und Sicherheitsmaßnahmen bekämpfen. Gleichzeitig sollen nach der Forderung Rajoy's „nie wieder“ Massenlegalisierungen durchgeführt werden. Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero hatte im Jahr 2005 in einer im In- und Ausland

kritisierten Maßnahme rund 700.000 illegale Immigranten auf einen Schlag legalisiert.



PP-Chef Mariano Rajoy wagte sich auch an das heikle Thema der Ausländerkriminalität: „Wenn ich regiere“, so Rajoy, „werde ich die Ausweisung krimineller Ausländer wieder einführen, wie sie auch andere EU-Staaten praktizieren.“ Die Ausweisung müsse auch dann möglich sein, wenn die Immigranten über eine Aufenthaltsgenehmigung in Spanien verfügten.

Einen Tag später legte die PP noch einmal nach. Der rechtspolitische Sprecher der PP im Parlament, Ignacio Astarloa, kündigte an, die PP werde bei einem Wahlsieg den Gebrauch des islamischen Kopftuches regulieren, um „die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau“ zu verteidigen. Das Kopftuch dürfe weder in den Schulen noch sonst wo im öffentlichen Leben ein „Mittel der Diskriminierung“ sein. Es müsse auch diskutiert werden, ob Frauen auf Passfotos mit einem islamischen Kopftuch erscheinen dürften. Astarloa erinnerte auch daran, dass mittlerweile 4,5 Millionen Immigranten in Spanien lebten und diese damit rund zehn Prozent der Bevölkerung ausmachten. Wenn die aktuelle Entwicklung anhalte, würde es im Jahr 2025 bereits acht Millionen Einwanderer geben. Schuld an dieser Situation trage nicht zuletzt Innenminister Rubalcaba. Dieser habe die spanischen Grenzen „in ein echtes Sieb verwandelt“.



Die kontroverseste Aussage zum Thema kam von dem PP-Wirtschaftsexperten Miguel Arias Cañete (Foto), als dieser eine Ausnutzung des spanischen Gesundheitssystems durch Immigranten beklagte. Ein Grund für den Kollaps der spanischen Krankenhäuser sei es, dass die Einwanderer die Wohltaten des spanischen Gesundheitssystems entdeckt

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 6 |

11. FEBRUAR 2008

www.kas.de/Spainen

hätten. Eine Frau, die eine Mammografie durchführen lassen wolle, müsse dafür etwa in Ecuador „neun Monatslöhne bezahlen“. Dann käme sie nach Spanien und bekäme alles „in einer Viertelstunde“.

Die PSOE reagierte wütend auf derartige Aussagen. Um zu wagen, so etwas öffentlich zu sagen wie Arias Cañete, müsse man schon „diskriminierende, ranzige und absolut nicht mit der Verfassung vereinbare Ideen“ haben, so ein wütender José Luis Rodríguez Zapatero auf einer Wahlkampfveranstaltung. Gleichzeitig bat der Ministerpräsident die Immigranten „im Namen aller Spanier“ um Entschuldigung für diese „Diskriminierungsoffensive“ der PP. Seine Stell-



vertreterin María Teresa Fernández de la Vega (Foto) warf der PP vor, „Fremdenhass zu säen“.

Mit der Diskussion des islamischen Kopftuchs schaffe man nur Probleme „wo keine seien“. Der ehemalige Verteidigungsminister José Bono stellte das Konzept der „spanischen Bräuche“ in Frage, die die Immigranten in Rajoys „Integrationsvertrag“ respektieren müssten. „Müssen wir sie etwa dazu zwingen, dass ihnen der Stierkampf gefällt und dass sie in die Kirche gehen?“ fragte der dem gemäßigten Parteiflügel angehörende Bono (Foto).



Mit der Immigration ist ein Thema mit aller Kraft in den spanischen Wahlkampf eingebrochen, dass bisher eher unterirdisch brodelte. Wie bei fast jedem Thema im spanischen Wahlkampf ist die Rhetorik dabei äußerst scharf. Die PP versucht, sich als die Kraft darzustellen, die gegenüber den „blauäugigen“ Vorstellungen des Ministerpräsidenten die Realität der Spanier im Blick hat. Sie hofft, durch ihr Vorpreschen die Themensetzung des Wahlkampfes offensiv an sich zu reißen und die PSOE in die Defensive zu zwingen. Dabei spielt lässt sie sich jedoch auf ein riskantes Spiel ein. Die Immigrationspolitik eignet sich für die PSOE wie kaum ein zweites Thema dazu, den politischen Gegner in die rechte Ecke zu rücken. Von daher könnte diese Debatte auch Wasser auf die sozialistischen Mühlen sein.

>> Umfragen sehen PSOE weiter knapp vor PP

PSOE und PP liefern sich in den Umfragen ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen. In zu Wochenbeginn veröffentlichten Erhebungen hat die PSOE ihren knappen



ANTENA 3

Vorsprung vor der PP leicht ausbauen können. In drei Umfragen erreichten die Sozialisten zwischen 3,2 und 3,8 Prozent mehr Stimmen als die PP. Das „Wahlbarometer“ des Fernsehsenders „Antena 3“ und des Radiosenders „Onda Cero“ bescheinigte der PSOE in der Sonntagsfrage eine Zustimmung von 42,5 Prozent während die PP auf 39,3 Prozent kam. Das Meinungsforschungsinstitut Metroscopia ermittelte im Auftrag der regierungsnahen Zeitung „EL País“ einen Wert von 42,0 Prozent für die PSOE und von 38,6 Prozent für die PP. Die konservative Zeitung „ABC“ veröffentlichte eine Umfrage des Institutes DYM, welche der PSOE 42,4 und der PP 38,6 Prozent der Stimmen bescheinigt.

Am Wochenende sahen die Umfragen dieses PSOE-Polster jedoch schon wieder leicht geschmolzen. „ABC“ bezifferte den Vorsprung der PSOE vor der PP am Sonntag nur noch mit 3,2 Prozent und die liberale Tageszeitung „El Mundo“ sah die Sozialisten in einer am gleichen Tag veröffentlichten Umfrage lediglich 2,6 Prozent vor den Konservativen. Auch die regierungsnahen „El País“ ermittelte in einer neuen Umfrage nur noch einen Vorsprung der PSOE von 2,9 Prozent.

In keiner Umfrage der letzten Woche kommt die PSOE in die Nähe der von ihr angestrebten absoluten Mehrheit. Übereinstimmend sagen alle Erhebungen zudem Verluste für die Regionalparteien CiU, ERC, PNV und CC sowie eine gesunkene Wahlbeteiligung voraus. Jeder Stimmenvorsprung einer Partei von bis zu 3,0 Prozent wird in Spanien wegen der möglichen Fehlerquote der Umfragen von +/- 3 Prozent als „technisches Unentschieden“ („empate técnico“) gewertet.

Die Erhebungen waren mit Spannung erwartet worden. Es sind die ersten Umfragedaten, die nach der Entscheidung Rajoys, den populären Madrider Bürgermeister Alberto Ruiz-Gallardón nicht auf die Wahlliste der PP zu setzen, veröffentlicht wurden. Unterstützer des als liberal geltenden Bürgermeisters hatten massive Einbrüche in den

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 6 |

11.FEBRUAR 2008

www.kas.de/Spainen

Umfragen vorausgesagt. Dies ist nicht eingetroffen. Die Volkspartei begann die Woche zwar mit Umfrageverlusten, hatte diese jedoch zum Wochenende wieder eingeholt und Werte wie vor Gallardóns Ausschluss erreicht. Auch wenn die PSOE mit einem leichten Vorsprung in die vier entscheidenden Wochen bis zur Wahl am 9. März geht, heißt die Devise jedoch weiterhin: „Alles ist möglich“.

>> Plakatschlacht der Parteien im Vorwahlkampf

Nachdem seit kurzem die ersten Rajoy-Vorwahlplakate mit dem Slogan „Klare Ideen“ („Las ideas claras“) die spanischen Straßen und Plätze säumen, haben die Sozialisten jetzt ihrerseits eine intensive Vorwahlkampagne vorgestellt. Dabei sollen im ganzen Land auf insgesamt 8.000 Telefonzellen, 3.500 Plakatwänden, 3.000 Bussen und 20.000 Verkehrsampeln Poster verteilt werden. Gemeinsam haben alle diese Plakate das Motiv: Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero. Dieser erscheint jedoch in 13 unterschiedlichen Posen und mit unterschiedlicher Kleidung – im Anzug mit Krawatte, im Jackett ohne Krawatte, im Hemd, stehend, sitzend, in seinem Büro oder auf einer Wahlkampfveranstaltung. Die Slogans sind ähnlich vielfältig wie die Plak



katmotive. Wie PSOE-Organisationssekretär José („Pepe“) Blanco bei der Vorstellung der neuen Plakate (Foto) erklärte, bedeutet diese Vielfalt einen „Sprung nach vorne in der politischen Kommunikation unseres Landes“. Da es gesetzlich verboten ist, vor dem offiziellen Wahlkampfbeginn am 22. Februar direkt zur Wahl eines Kandidaten aufzurufen, sind die Slogans allgemeine Aussagen aus Reden des Ministerpräsidenten. Sie werden meist vom Hauptmotto der Kampagne „Gründe, um zu glauben“ („Motivos para creer“) begleitet. Die Slogans lauten: „Wir können so weit kommen, wie wir wollen“; „Für alles, was die Mühe lohnt“; „Wir leben zusammen und entscheiden zusammen“; „Es ist nicht egal“; „Weil wir es



schaffen“; „Wir sind mehr“; „Mit den Füßen auf der Erde träumen“; „Jetzt, wo wir vorwärts schreiten, warum zurück-

gehen“; „Die achte Wirtschaftsmacht der Welt und die erste bei den sozialen Rechten“; „Für all das Erreichte“, „Weil noch nicht alles geschafft ist“.

Die Botschaften der Plakate sollen einen positiven und optimistischen Geist verkörpern, so José Blanco. Dieser stehe im Widerspruch zu Mariano Rajoy, der eine „negative und pessimistische Grundhaltung und einen angstvollen und Angst einflößenden Diskurs“ verkörpere. Blanco erklärte: „Rajoy denkt nur an eins: Das alles wieder so wird wie 2003. Und er bietet dieselbe Regierung an, dieselben Gesichter, dieselbe Politik und denselben Stil. Er will, dass ganz Spanien seine Uhr zurückstellt, um dort anzukommen, wo er sich befindet, nämlich in der Vergangenheit.“ Die PSOE versucht, ihre Botschaft von „Positivität“ zusätzlich mit einer dem Internetauftritt (www.psoe.es) vorgeschalteten Homepage zu unterstützen. Diese steht unter dem Titel: „Zapatero: Der positive Blick“ („Zapatero: La mirada positiva“). Zum offiziellen Wahlkampfbeginn am 22. Februar sollen neue Plakate und Wahlwerbespots geschaltet werden. Wenn man José Blanco Glauben schenkt, werden diese für „viel Gesprächsstoff“ sorgen.

>> Mit „Hallo, wo hast Du Dich versteckt?“ führt PP interaktiven Wahlkampf ein

Die spanische Volkspartei geht im Wahlkampf neue Wege. Auf ihrer Internetseite „www.pp.es“ hat sie einen interaktiven Wahlwerbespot geschaltet. Nachdem der User aufgefordert wird, seinen Namen und seine Handy-Nummer anzugeben, beginnt der Spot. Er zeigt eine ganz normale tägli-



che Routinesitzung der PP-Spitze im Wahlkampf. Spitzenkandidat Mariano Rajoy sitzt an einem großen Tisch und tippt etwas in seinen Laptop. Nach und nach trudeln die Mitglieder seines engsten Beraterkreises ein. Sozialexpertin Ana Pastor fragt ihn „Wie geht es Dir Mariano“, worauf der Kandidat antwortet: „Ich bin müde, wir sind gestern erst um 1 Uhr nachts von einer Wahlkampfveranstaltung zurückgekommen.“ Auch Wahlkampfkoordinator Pio García Escudero, der Internationale Sekretär Jorge Moragas

NEWSLETTER

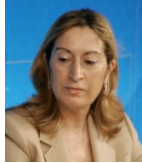
AUS MADRID

AUSGABE 6 |

11.FEBRUAR 2008

www.kas.de/Spainen

und PP-Kommunikationssekretär Gabriel Elorriaga nehmen nach und nach ihre Plätze ein. Letzterer überfliegt eine Liste der Anwesenden. Auf dieser erscheinen die Vornamen der Teilnehmer: „Mariano, Jorge, Ana, Gabriel“ etc. Auf der Liste steht aber auch ein weiterer Name. Zwischen die Vornamen der PP-Größen hat sich auch der Name des



Spot-Betrachters geschlichen. Erstaunt sagt Ana Pastor (Foto): „Da fehlt aber noch jemand“. Jorge Moragas schlägt die Hände vor dem Gesicht zusammen. „Was machen wir jetzt?“, fragt Pio García-Escudero. Mariano Rajoy zückt sein Mobiltelefon und sagt: „Ich rufe ihn mal an, um zu sehen, wo er sich versteckt hat“. In diesem Moment klingelt das Handy des Betrachters. An der anderen Seite erscheint die Stimme des Kandidaten vom Band: „Hallo, hier ist Mariano Rajoy, wo hast Du Dich versteckt?. Wir warten auf Dich, aber wenn Du nicht kommen kannst, dann hinterlasse mir doch wenigstens Deine Ideen auf meiner Homepage“. Auf der Homepage findet sich die Möglichkeit, ein 30-sekündiges Video als Vorschlag für einen PP-Wahlwerbespot einzusenden.

Nach Informationen der Wahlkampfzentrale der PP soll der Wahlkampf-Gag bereits jetzt ein voller Erfolg sein. So hätten sich in der ersten Woche Tausende von Spanierinnen und Spaniern mit ihrem Namen und Handynummern auf der Internetseite der PP eingetragen. Viele benutzten auch die Handynummern von Freund und Feind, um andere mit einem Anruf Mariano Rajoy zu erfreuen oder zu ärgern. Innerhalb von nur drei Tagen musste Rajoy 100.000 Menschen „anrufen“. So waren die von der PP für diese Aktion vorgesehenen 20.000 Euro schnell aufgebraucht. Die Partei reagierte schnell. Statt anzurufen, schreibt Mariano Rajoy in der neuen Version des Spots jetzt E-Mails.

Abgesehen von dem Werbeeffect des Spots hofft die PP auf konkrete Impulse aus der eigenen Wählerschaft für Wahlkampfspots. Die Parteien in Spanien haben sich dieses Jahr mit den Fernsehsendern geeinigt, statt den bisher üblichen langen Werbeblöcken 30-sekündige Wahlwerbespots auszustrahlen.

Unterdessen hat eine von der PP organisatorisch unabhängigen Internetplattform ihre eigene Anti-Zapatero-Kampagne gestartet.



Unter www.adioz.es können Werbematerialien, darunter T-Shirts, Kappen und Aufkleber, mit dem Slogan „Adioz“ bestellt werden. Das „Z“ am Ende des eigentlich auf „s“ endenden spanischen Wortes für „Auf Wiedersehen“ steht dabei für Zapatero, der vor einigen Monaten eine Werbekampagne unter dem Slogan „Mit Z wie Zapatero“ gestartet hatte.

>> „Islamischer Rat“ Spaniens empfiehlt die Wahl einer „progressiven“ Partei

Nach der Katholischen Bischofskonferenz hat sich jetzt auch der „Islamische Rat“ Spaniens („Junta Islámica“) in den laufenden Wahlkampf eingemischt. Während die katholischen Bischöfe keine direkte Wahlempfehlung, sondern „lediglich“ Wahlkriterien abgegeben haben, geht war die moslemische Organisation einen Schritt weiter. Nach Ansicht des Vorsitzenden des Islamischen Rats, Mansur Escudero (Foto), würde eine Regierung der PP nach dem 9. März 2008 einen "Rückschritt" bei der Durchsetzung der Religionsfreiheit in Spanien bedeuten. Die PP, so Escudero, sei "völlig von der katholischen Kirche inspiriert" und wolle den Bürgern katholische Normen "aufzwingen". Die PSOE hingegen habe in den vier Regierungsjahren vorsichtige Schritte hin zu einer "Gleichstellung" der Religionen unternommen. Allgemein seien die „progressiven Parteien“ deutlich neutraler und objektiver den Religionen gegenüber. Escudero kündigte zudem an, die "Junta Islamica" werde in Kürze ein Dokument mit Wahlkriterien veröffentlichen.



Die PSOE reagierte nicht öffentlich auf die Äußerungen seitens der Organisation, die sich auf ihrer Homepage als „religiöse Einheit“ bezeichnet. Die konservative spanische Presse kommentierte dies mit dem Hinweis, es sei widersprüchlich, die katholischen Bischöfe für ihre Einmischung in den spanischen Wahlkampf lautstark zu kritisieren, dies bei der „Junta Islámica“ jedoch wortlos hinzunehmen.

Die PSOE reagierte nicht öffentlich auf die Äußerungen seitens der Organisation, die sich auf ihrer Homepage als „religiöse Einheit“ bezeichnet. Die konservative spanische Presse kommentierte dies mit dem Hinweis, es sei widersprüchlich, die katholischen Bischöfe für ihre Einmischung in den spanischen Wahlkampf lautstark zu kritisieren, dies bei der „Junta Islámica“ jedoch wortlos hinzunehmen.



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 6 |

11.FEBRUAR 2008

www.kas.de/Spainen**>> Arbeitslosigkeit in Spanien explodiert im Januar**

Neue Hiobsbotschaften kamen in der vergangenen Woche vom spanischen Arbeitsmarkt. Nach Angaben des Arbeitsministeriums stürzten alleine im vergangenen Januar



137.378 Menschen in die Arbeitslosigkeit. Insgesamt seien damit 2,26 Millionen Spanierinnen und Spanier ohne Arbeit. Bei dieser Zahl handelt es sich um den höchsten Wert seit zehn Jahren. Der Anstieg der Erwerbslosenzahlen im Januar 2008 ist zudem der größte Zuwachs an Arbeitslosen innerhalb eines Monats seit Beginn der Statistiken im Jahr 1977. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sank im Laufe des Januars um 84.697 und der Abschluss unbefristeter Arbeitsverträge fiel um 23 Prozent.

Unterdessen trugen weitere Neuigkeiten zum Gefühl einer wackelnden Wirtschaft bei. So gab das "Offizielle Kreditinstitut" (ICO) an, der Index des Verbrauchervertrauens sei innerhalb von



zwölf Monaten von 90,6 auf 70,9 Punkte

gesunken. Auch die Börse von Madrid erlebte in der vergangenen Woche einen erneuten Einbruch. Am 5. Februar fiel der spanische Aktienindex Ibex-35 um 5,2 Prozent. Der Index beendete den Tag mit 12.814 Punkten und damit unter der symbolischen 13.000-Punkte-Marke. Erst am 21. Januar war der Ibex-35 im Zuge der weltweiten Finanzmarkturbulenzen um 7,54 Prozent eingebrochen und hatte zwei Tage später noch einmal um 4,56 Prozent nachgegeben. Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero warnte in einem Interview mit der Zeitung „20 Minutos“ vor Panikmache. Er wies darauf hin, dass das Wirtschaftswachstum weiterhin konstant über drei Prozent liege. Es gebe „kein Risiko für eine Wirtschaftskrise“, so der Regierungschef. Wo die wirtschaftliche Lage in Spanien vor einem Jahr vielleicht einen Wert von 9 von 10 Punkten erreicht habe, liege man derzeit bei einem Wert von „6,5 oder 7“.

Anders bewertete die Daten erwartungsgemäß PP-Spitzenkandidat Mariano Rajoy. Besonders die Zahlen vom Arbeitsmarkt seien schlichtweg ein "Drama". Der sozialistischen Regierung warf Rajoy vor, die Wirtschaft

vernachlässigt zu haben. Die Volkspartei hingegen werde die Wirtschaftspolitik zu einem Kernthema ihrer Wahlkampagne machen.

>> ETA-Frontparteien dürfen nicht zu spanischen Parlamentswahlen antreten

Die der linksextremen baskischen Terrororganisation ETA und der verbotenen Batasuna-Partei nahe stehenden Partei „Nationalistische baskische Aktion“ (ANV) wird nicht zu den Parlamentswahlen am 9. März 2008 antreten können. Das Oberste Gericht Spaniens bestätigte am Freitagabend eine Maßnahme des Ermittlungsrichters Baltasar



Garzón (Foto) vom Obersten Strafgericht, der der ANV die Teilnahme an der Wahl verboten hatte. Das Gericht sah das Vorgehen

des Richters aufgrund der gravierenden Beweislage als gerechtfertigt an. Das von Garzón ebenfalls verfügte Verbot jeglicher Parteiaktivitäten von ANV und der ebenfalls ETA-nahen Partei PCTV („Kommunistische Partei der baskischen Länder“) für einen Zeitraum von drei Jahren bestätigte das Oberste Gericht jedoch nicht und warnte vor juristischen Schnellschüssen.

Damit werden auch alle Parteizentralen von ANV und PCTV vorerst nicht geschlossen, wie es Garzón verfügt hatte. Auch die Bankkonten können vorerst nicht eingefroren werden, wenn auch jegliche öffentliche Finanzierung der beiden Formationen untersagt wurde.

In der Begründung des Verbotes durch Baltazar Garzón heißt es, die Instrumentalisierung der beiden Parteien durch die verbotene Batasuna hätte sie an den „Rand der Verschmelzung mit dem Terrorismus“ gebracht. Diese Verschmelzung sei nur deshalb noch nicht vollständig erfolgt, weil die Zeit der Union zwischen Batasuna und ANV/PCTV dafür noch nicht ausgereicht habe.

Dennoch bleiben ANV und PCTV in der baskischen Politik aktiv. So sind seit den Kommunalwahlen vom letzten Mai rund zwei Dutzend ANV-Bürgermeister im Amt und auch die PCTV-Fraktion im baskischen Regionalparlament besteht fort. Eine Auflösung der PCTV-Fraktion ist vorerst nicht wahrscheinlich, da die regierenden Baskischen

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 6 |

11. FEBRUAR 2008

www.kas.de/Spanien

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
 Auslandsbüro Madrid
 V.i.S.d.P: Michael Däumer
 Redaktion: Michael Däumer/
 Sebastian Grundberger
 Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
 28046 Madrid, Spanien
 Tel: (+34) 91 579 61 86
 Fax: (+34) 91 571 86 12
 Email: info@fka-madrid.org
 Web: www.kas.de/Spanien

Nationalisten (PNV) mit einer Ausweitung des ETA-Terrors rechnen. Zudem hat Regionalpräsident Juan José Ibarretxe immer wieder auf die Notwendigkeit des Dialogs mit den ETA-nahen Frontparteien hingewiesen. Ein Verbot der PCTV käme diesem Ziel zuwider.

Die jüngsten Entscheidungen bedeuten kurz vor den Parlamentswahlen das vorläufige Ende eines beispiellosen juristischen Tauziehens, das immer stark politisch motiviert war. Die PP hatte bereits vor den baskischen Regional- und Kommunalwahlen 2005 bzw. 2007 gefordert, ANV und PCTV von der politischen Bildfläche zu entfernen und Zapatero vorgeworfen, die Zulassung dieser Kandidaten sei ein politisches Zugeständnis an die ETA.

Für die PP ist der zu diesem Zeitpunkt ausgesprochene Parteienausschluss ein Politikum. Zwar begrüßt sie die Entscheidung des Obersten Gerichts grundsätzlich, weist aber deutlich darauf hin, dass die jetzigen Verbote politisch und wahlkampfaktisch bedingt seien. Es habe schon seit



Jahren klare Anzeichen für eine Verbindung zwischen der ETA, ihres politischen Flügels Batasuna und den beiden Parteien bestanden. Die Verbotsforderungen der Volksparteien seien stets aus politischem Opportunismus heraus von der Regierung abgelehnt worden. Dass die Verbote zu diesem Zeitpunkt kämen, beweise nach Ansicht der PP lediglich, dass die Regierung für „gut Wetter“ bei den Wählern sorgen wolle. Indes befürchten Teroexperten blutige Racheakte der ETA im anstehenden Wahlkampf für das juristische Vorgehen gegen ihre Frontparteien. Als erste Protestaktion haben ETA-nahe Gruppen für den 14. Februar im Baskenland bereits zu einem Generalstreik aufgerufen.

>> Kehrt Barroso in die portugiesische Politik zurück?

In verschiedenen portugiesischen Tageszeitungen sind Spekulationen aufgetaucht, wonach EU-Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso (Foto) eine Rückkehr auf die nationale politische Bühne seines Heimatlandes plane. Die größte portugiesische Tageszeitung „Diário de Notí-

cias“ veröffentlichte einen Artikel unter der Überschrift „Durão sondiert seine Rückkehr nach Hause und die Unterstützung seiner Partei“. Darin nimmt das Blatt ein Essen Barrosos mit Parteifreunden in Lissabon zum Anlass, über eine mögliche Rückkehr des ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten von der PSD in die portugiesische Politik zu spekulieren. Unter Bezugnahme auf „nicht näher genannte“ Quellen wird berichtet, Barroso habe die Unterstützung innerhalb der PSD für eine Rückkehr austreten wollen. Den Quellen zufolge habe Barroso noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob er eine mögliche zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsident anstrebe. Bislang halte er sich alle Optionen offen.

Bei einem politischen Schwergewicht wie Barroso wäre dabei kaum anzunehmen, dass er sich mit einem untergeordneten



Posten innerhalb seiner in verschiedenen Flügeln zerstrittenen Partei zufrieden geben würde. Gegenwärtig

wird die PSD von Luís Filipe Menezes (Foto) geführt, der Ende September 2007 in einer Aufsehen erregenden Kampfabstimmung den erst 2005 gewählten Luís Marques Mendes überraschend aus dem Amt gehievt hatte. Nach internen Berichten setzt sich jedoch der innere Machtkampf fort. Sollte Barroso in die portugiesische Politik zurückkehren, was von vielen Parteianhängern gewünscht wird, würde ihm der Parteivorsitz angetragen werden, um die zerstrittenen Flügel der Partei zu einen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass einige führende Parteianhänger, die ihm seinen Weggang zur EU-Kommission im Jahre 2004 weiterhin verübeln, seine Rückkehr verhindern wollen.



Barroso wird vorgeworfen, dem als populistisch geltenden Pedro Santana Lopes (Foto), der im Herbst letzten Jahres den Fraktionsvorsitz im Parlament übernommen hat, den

Weg ins Amt des Ministerpräsidenten bereitet und damit den Untergang der PSD als Regierungspartei bewirkt zu haben.